

INDIEN

Ausgangslage und Gründe für die Probleme bei der Umsetzung von Elementen der SOZIALEN SICHERHEIT im INFORMELLEN SEKTOR

Eine Materialiensammlung

I.) VORBEMERKUNG

Folgende Vorbemerkung sei der nachfolgenden Materialiensammlung vorangestellt: Indien gehört, neben China, Brasilien, Russland, Südafrika, Indonesien, Mexiko, Chile u. a., zur Gruppe der aufstrebenden Schwellenländern (kurz „**BRICS**“ genannt). Diese Länder gewinnen mehr und mehr ökonomischen und damit auch politischen Einfluss auf das globale Geschehen, auch wenn sie beispielsweise gerade erfolglos versuchten, einen Vertreter ihrer Gruppe für die Nachfolge des IWF-Chefpostens durchzusetzen - das Rennen machte bekannter Weise eine Französin. China und Indien scheint jedenfalls die Zukunft zu gehören, wobei gegenwärtig noch nicht klar ist, wer die besseren Karten in Bezug auf das polit-ökonomische System hat: Hier eine staatsdirigistisch von kommunistischen Kadern geführte Ökonomie in einem Riesenland, in dem einzelne Marktelemente zugelassen sind, dort eine von vielzähligen administrativen Regelungen beschränkte Marktwirtschaft, ebenfalls in einem Riesenland und innerhalb eines politischen Rahmens, der häufig mit „*die größte Demokratie der Welt*“ beschrieben wird.

Indien setzt einerseits „*zum großen Sprung nach vorne an*“, ist andererseits aber in vielfältiger Weise in archaischen Strukturen gefangen; die offensichtlichsste Fußfessel stellt dabei das Kastenwesen dar. Im Mai 2011 ging folgende Meldung um die Welt:

„They fell in love and eloped, but their love was of no consequence for members of their communities, for whom marrying outside their caste was a far graver crime.

*On Monday, Rajiv Verma and Renu Pal were **stoned to death** in Nagla Khuru village in Farrukhabad district in **Uttar Pradesh** when angry members of the Lodhi community, to which Verma belonged, attacked the houses of the Pals. Special director general of police Brijlal called it a case of **honour killing**. ‘They killed the couple because of their **caste differences**,’ he said. Verma (25) used to teach Renu, a B. Sc. student at Government Degree College. They eloped on Saturday. But anticipating that Renu's family would not take it favourably, they returned home on Sunday. But it was too late as Renu's relatives, who are Thakurs, dragged them out of their homes and stoned them to death. ‘Over six members of the*

Pals sustained serious injuries. Cases have been registered against 12 people. The police have been deployed in the village,' Brijlal said." In: India Today, May 4, 2011 .

In einem Zeit-Artikel (Die Zeit, 14. April 2011) geht Georg Blume unter dem Titel „**Indiens sterbende Kinder**“ der Frage nach, warum das reiche Schwellenland Indien sein Hungerproblem nicht zu lösen im Stande ist? Obwohl es oft schwierig ist, andere Todesursachen (wie Durchfall, Masern, Erkältungen, etc.) exakt vom Hungertod abzugrenzen, rechnet Blume vor (bei einer Kindersterblichkeit von 66 pro 1000 Lebendgeburten), dass wahrscheinlich **1,7 Mio. Kinder jährlich an Hunger in Indien sterben**. Die Hauptursachen sind offensichtlich **Ignoranz** und **Korruption**. Etwa hängt der bekannte Ökonom Jagdish Bhagwati (Columbia University) immer noch der, häufig die Tatsachen verklärenden These an „*Indiens Wachstum kommt allen zugute*“ (S. 21). Im Artikel wird aber auch der bekannte, auf der „anderen Seite“ stehende Ökonom Jean Drèze mit den Worten zitiert, **Hunger** und **Unterernährung** seien für die Führung unter **Premierminister Manmohan Singh** nur noch „*peinlich*“ und „*absolut nicht prioritär*“ (S.22). Hinzu kommt, dass beispielsweise ein erheblicher Teil der staatlich vergünstigten Lebensmittelrationen nicht bei den Armen und Bedürftigen ankommt, weil er etwa in den **korrupten Kanälen** der lokalen Verteilerstationen (etwa im Dorfrat) versickert (S.22).

Daraus folgt, thesenartig formuliert: Hohe Wachstumsraten sind zu wenig, wenn die gewünschte und versprochene Verbesserung des Lebensstandards für den Großteil der Bevölkerung verhindert wird durch archaische gesellschaftliche Strukturen (Stichwort Kastensystem) und durch politische Ignoranz und Korruption.

II.) AUSGANGSLAGE: GESELLSCHAFTLICHE UND ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG, VERTEILUNG VON EINKOMMEN/VERMÖGEN UND ARMUT, ELEMENTE DER SOZIALEN SICHERHEIT IN INDIEN

Gesellschaft

Anhand von mehreren Neuerscheinungen an Büchern über Indien (R. Guha, „*Makers of modern India*“, M. Desai, „*The Rediscovery of India*“, P. French, „*India-A Portrait*“) geht Pankaj Mishra in der Financial Times (Mishra 2011) unter dem Titel „**Caste adrift**“ der Frage nach, wie es kommen konnte, dass sich die „*größte Demokratie der Welt*“ zu einer „**modernised conservative society**“ und nicht zu einer „*modernised rational one*“ (Meghnad Desai) entwickeln konnte? Dass die Demokratie das Kastenwesen konserviert und nicht überwunden hat? Dass repressive Bürokratie und Korruption das Land überziehen? Dass Hierarchien beständig über Kasten und Geschlechter definiert werden? Dass sich die Dalits (die Unberührbaren), einmal in politische Ämter gekommen, häufig durch Selbstherrlichkeit, Korruption und Klientelismus auszeichnen? Dass Reich und Arm völlig unvermittelt einander gegenüberstehen? Und schließlich: Wie es kommen konnte, dass Indien über 60 Jahre nach der Unabhängigkeit von Großbritannien noch immer an den Geburtswehen des Staats laboriert?

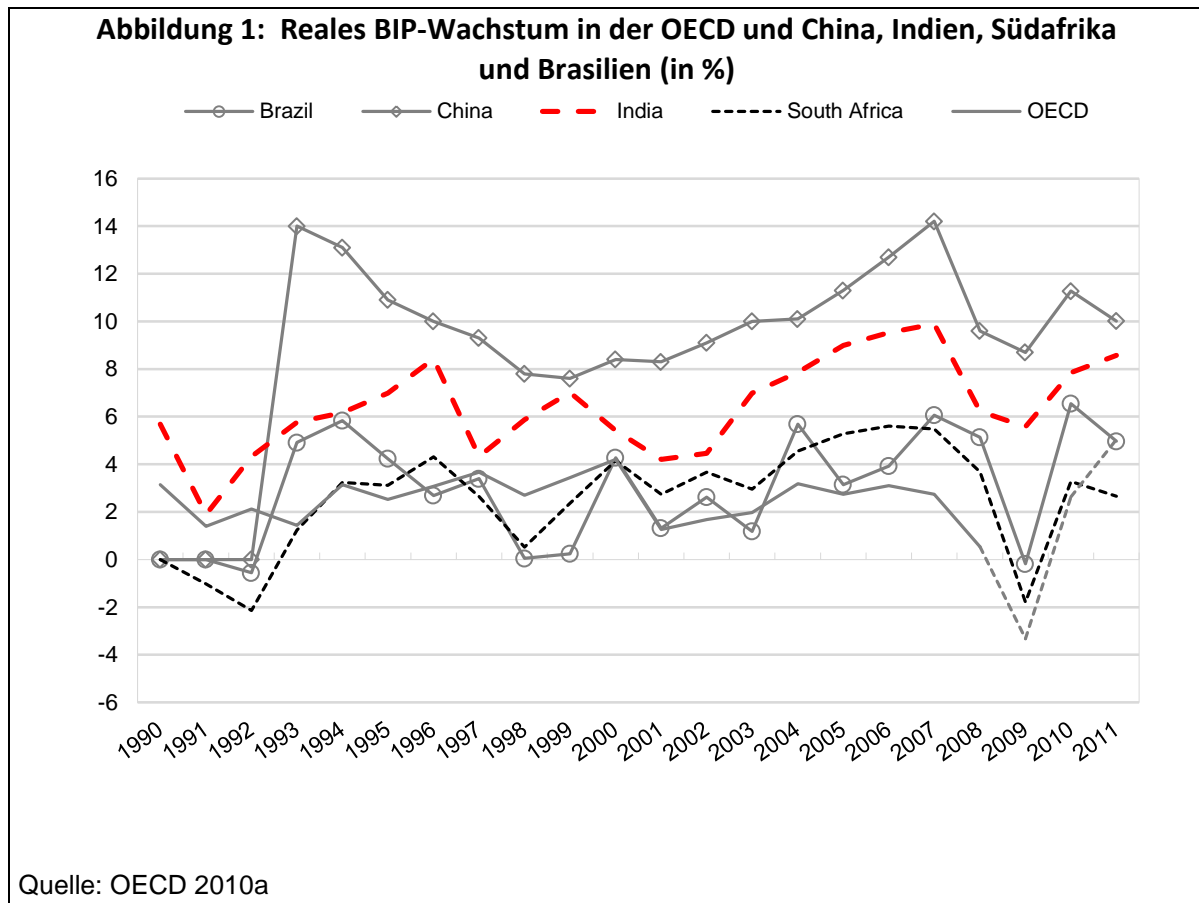
In der Buchbesprechung werden eigentlich keine Antworten auf die gestellten Fragen gegeben, eher wird der Eindruck vermittelt, dass die Aussage „*India ist the most interesting country in the world*“ (R. Guha) vielleicht doch keine Übertreibung sein könnte!

Indien ist mit **1,21 Mrd. Einwohnern** jedenfalls ein sehr großes Land, dass, wenn es so weiterwächst (mit jährlich 1,37%) in den nächsten Jahrzehnten China überholen wird. Mit 27,6%

Urbanisierungsgrad (Quelle: Wikipedia Indien) lebt noch der Großteil der Bevölkerung am Land. 50% der Kinder leiden an Mangelernährung (Mishra 2011).

Wirtschaft

Seit Beginn der wirtschaftlichen Liberalisierung in Indien (ab 1991) kann das Land mit beachtlichen Wachstumsraten aufwarten: Sie lagen im Durchschnitt um die 6%, mit steigender Tendenz in den letzten Jahren. 2010 hat Indien mit einem Wachstum um 10% mit China aufgeholt (in der Abbildung 1 sind noch die Prognosen aus dem Jahr 2010 zu sehen; im Fall von Indien hat sich herausgestellt, die das tatsächliche Wachstum deutlich über dem prognostizierten lag).

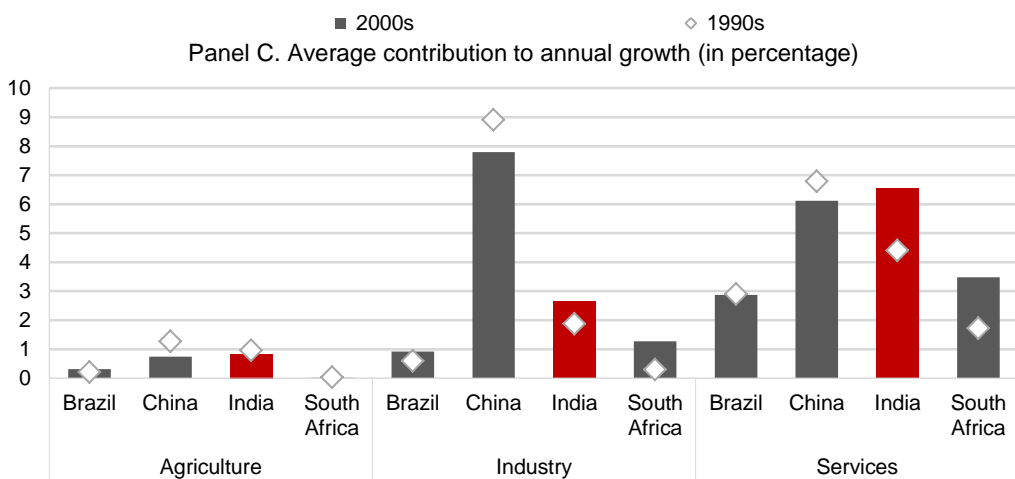
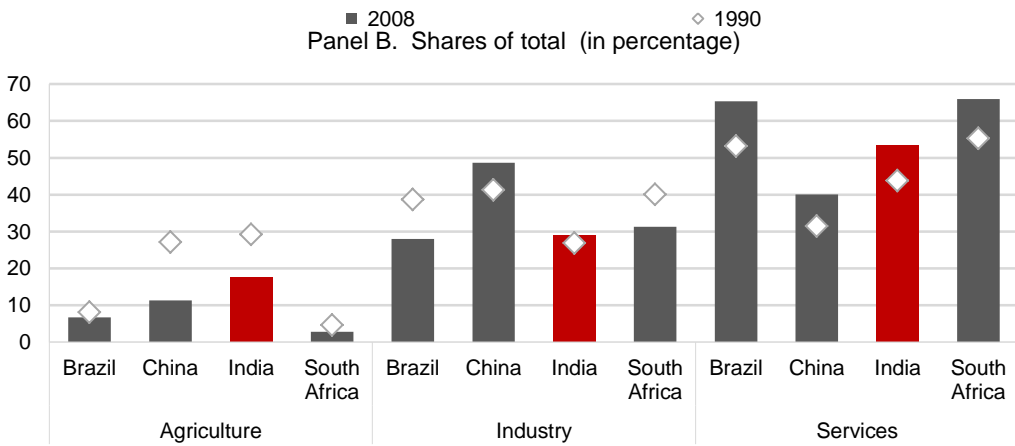
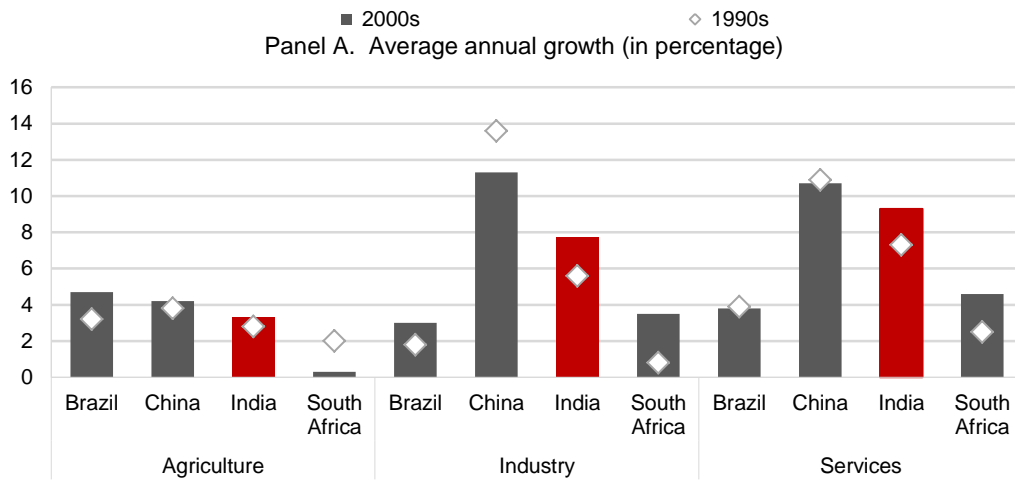


Geht die Entwicklung so weiter, dann werden sich die Anteile an der Weltwirtschaft von 2010-2030 folgendermaßen verändern: **Indien 2-10%**, China 9-24%, USA 24-12%, EU 27-14% (Standart Charted Bank). Gegenwärtig beträgt das indische BIP \$ 1.430 Mrd. (zu Wechselkursen), und \$ 4.046 Mrd. zu Kaufkraftparitäten (CIA Factbook „India“).

In der nachfolgenden Abbildung 2 werden die Wertschöpfungsanteile der einzelnen Wirtschaftssektoren in den BCIS-Staaten dargestellt. Dabei fällt im Hinblick auf Indien auf, dass (1) der Anteil der Landwirtschaft an der Wertschöpfung klein ist (daraus folgt bei dem hohen Anteil von 55% der Gesamtbeschäftigung, dass die Produktivität sehr klein sein muss; auf die Industrie entfallen 19% und auf den Dienstleistungsbereich 25%; Quelle: OECD 2011a); und 2) auch der Anteil der industriellen Wertschöpfung vergleichsweise klein ist, in Summe die Dienstleistungen daher schon einen erheblichen Teil der Wirtschaftsleistungen ausmachen.

Abbildung 2: Wertschöpfung nach Sektoren in BCIS-Staaten, 1990-2008

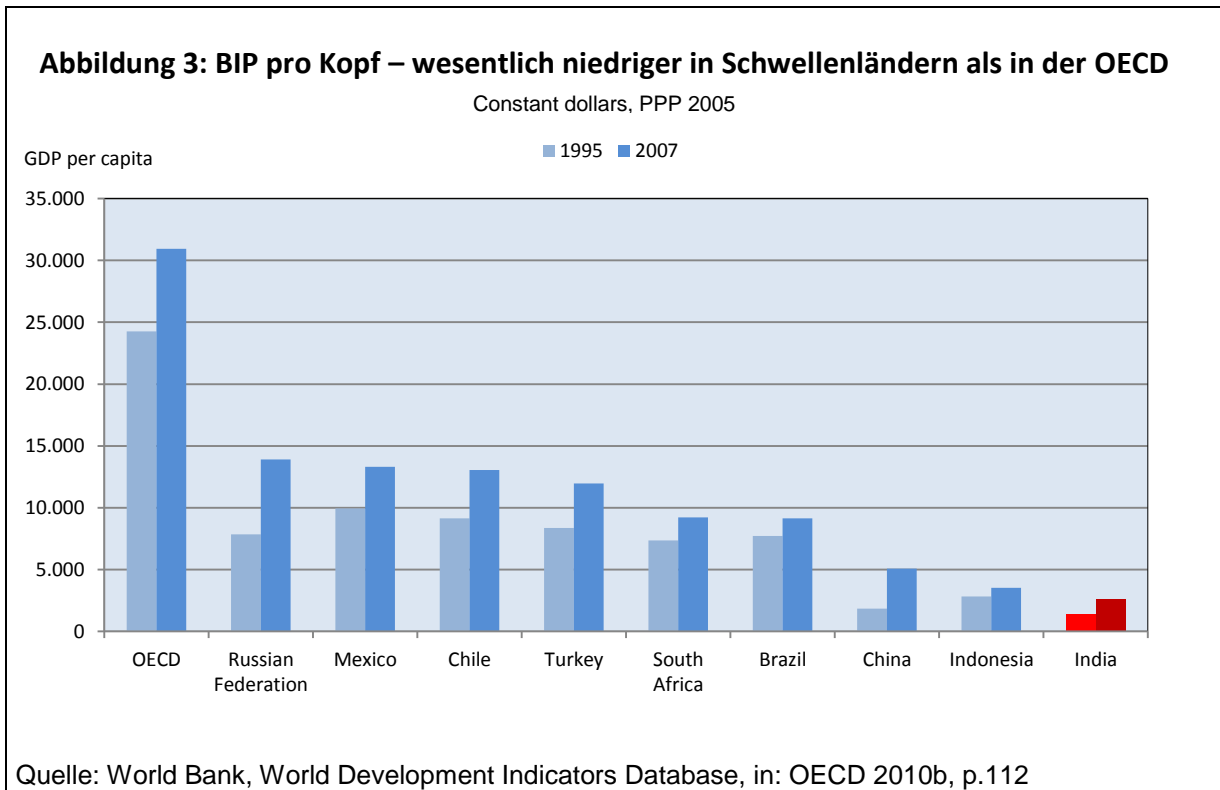
Zu konstanten 2000 US \$-Preisen



Quelle: OECD 2010a

Reichtum, Armut, Verteilung, Ungleichheit

In Indien hat sich, etwa im Vergleich zu China, im Zeitraum zwischen 1995-2007 das **BIP pro Kopf** (in Kaufkraftparitäten zu Preisen von 2005) vergleichsweise geringfügig auf US \$ 2600 erhöht (das sind 8% des OECD-Durchschnittes; siehe folgende Abbildung 3).

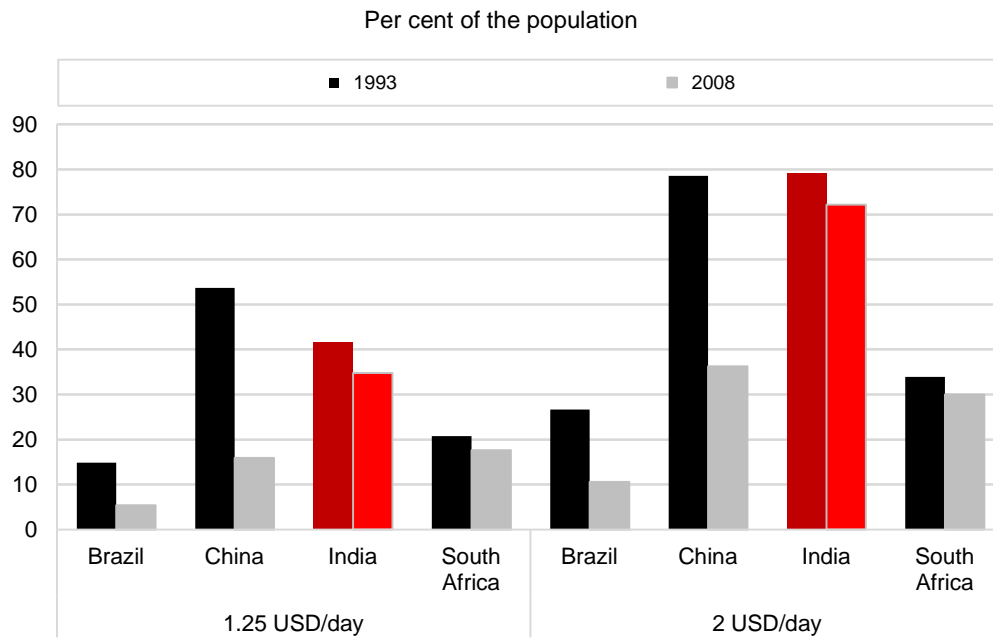


Das Thema „*Entwicklung der Armut*“ wird in Indien seit Jahrzehnten sehr kontrovers diskutiert. Wie häufig beginnt die Debatte oft bei der Frage der Definition von Armut, die naturgemäß unterschiedlich ausfallen kann: Armut kann prinzipiell „**relativ**“ definiert werden, etwa „*Als arm gelten alle Personen mit einem Einkommen von weniger als 40%/50%/60% des Medianeinkommens*“; „**extreme**“ (oder absolute Armut – hier hat die Armutsschwelle einen konstanten realen Wert) Armut kann weiters bestimmt werden als „*Anteil der Bevölkerung, die unter einer Armutsschwelle von \$ 1,25/1,5/2 pro Tag in KKP leben muss*“ (Weltbank-Konzept); UNDP verwendet im letzten *Human Development Report 2010* ein neues Konzept, nämlich den sogenannten „**Multidimensional Poverty Index**“ (MPI), der Gesundheits-, Erziehungs- und (nicht-monetäre) Lebensstandardindikatoren berücksichtigt (zur Definition siehe UNDP 2010, p. 94ff und 221f). Darüber hinaus existieren **nationale Definitionen von Armut**, die in Indien an einem Schwellenwert des Kalorienverbrauches ansetzen (2100 Kalorien für den städtischen und 2400 für den ländlichen Bereich; die Daten entstammen dem „*National Sample Survey, NSS*“, zuständig ist in Indien die „*Planning Commission*“, die 2009 einen neuen „*Poverty line basket*“ (PLB) einführte; siehe Abbildung 5 unten; Quelle: OECD 2011a, p.32). Zur Frage der weltweiten Messung von Armut siehe etwa Ravallion et. al. 2008.

2005 lebten in Indien **72,2%** der Menschen unter der absoluten Armutsschwelle von 2 \$ täglich, **41,8%** unter der Schwelle von \$ 1,5 und **34,7%** unter \$ 1,25 (siehe Abbildung 4). Zieht man den MPI des UNDP heran, so sind **55,4%** der indischen Bevölkerung von mehrdimensional-

naler Armut betroffen (siehe Abbildung 5, die einen Vergleich zwischen den Ergebnissen des Ausmaßes nach MPI und nach fixer Einkommensgrenze zeigt). Schließlich sind nach der

Abbildung 4: Extreme Armut konnte vermindert werden in den BCIS-Länder, sie bleibt aber hoch^{a,b}



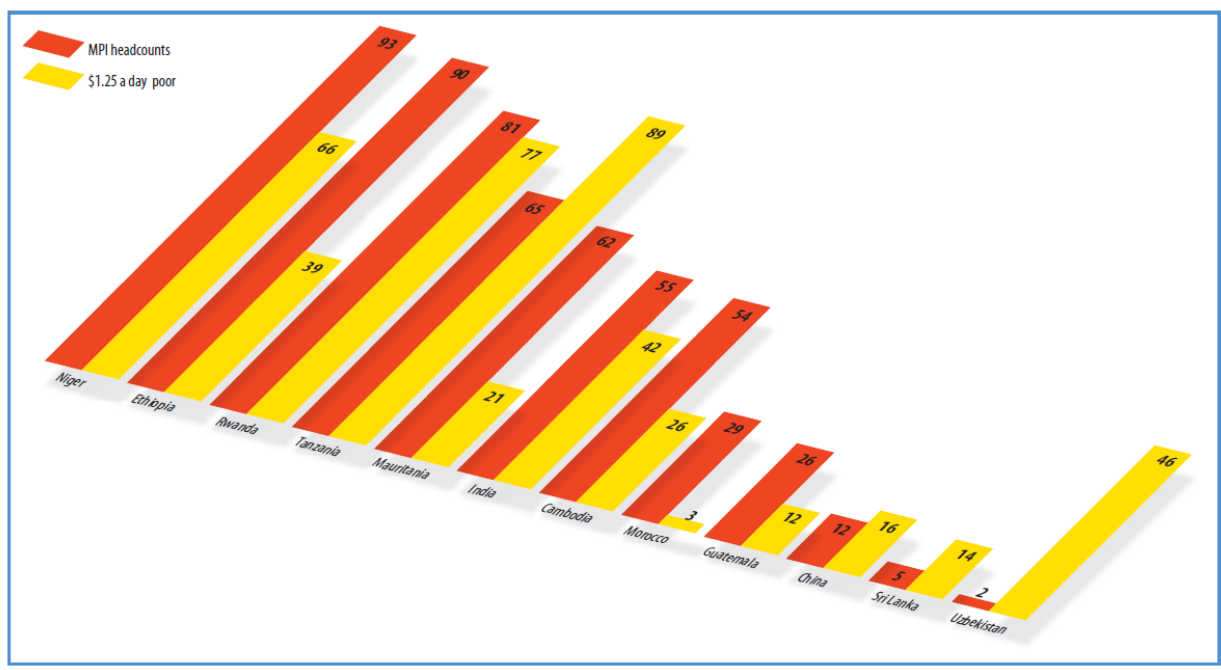
a) 2008 data refer to 2005 figures for China and India.

b) Headcount poverty is the share of population living in households with consumption or income per person below the poverty line defined as USD 1.25 or USD 2 USD/day (in purchasing parity power).

Source: OECD-EU Database on Emerging Economies and World Bank Development Indicators Database for China.in: OECD 2010a, p.33

Abbildung 5: Vergleich von mehrdimensionaler und Einkommens-Armut

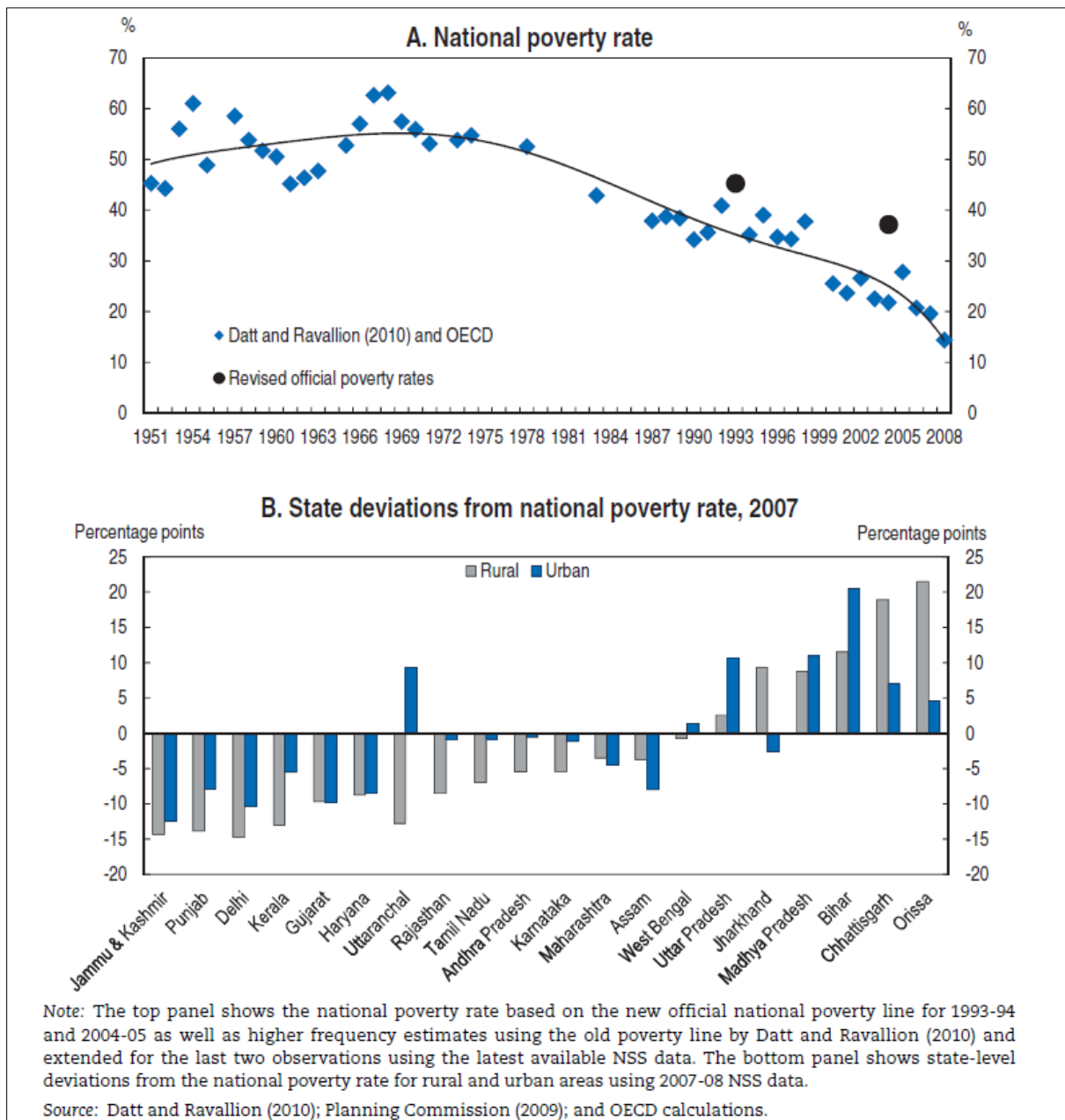
Percentage of people living in poverty: MPI and income poverty, selected countries



Quelle: UNDP HDR 2010, p. 97

nationalen indischen Messmethode **28,6%** der Bevölkerung (altes Konzept) von Armut (siehe India-Ministry of Finance 2011, p.296) bzw. **37,2%** (neue Definition) betroffen (siehe Abbildung 6, die zudem die starke regionale Varianz von Armut nach Bundesstaaten zeigt). Mit diesen Unschärfen in der Abgrenzung des Problems – sind 866 Mio. Menschen oder doch „nur“ 343 Mio. von Armut betroffen? – gehen natürlich erhebliche Unsicherheiten bei der zielgerichteten Intervention zur Bekämpfung von Armut einher.

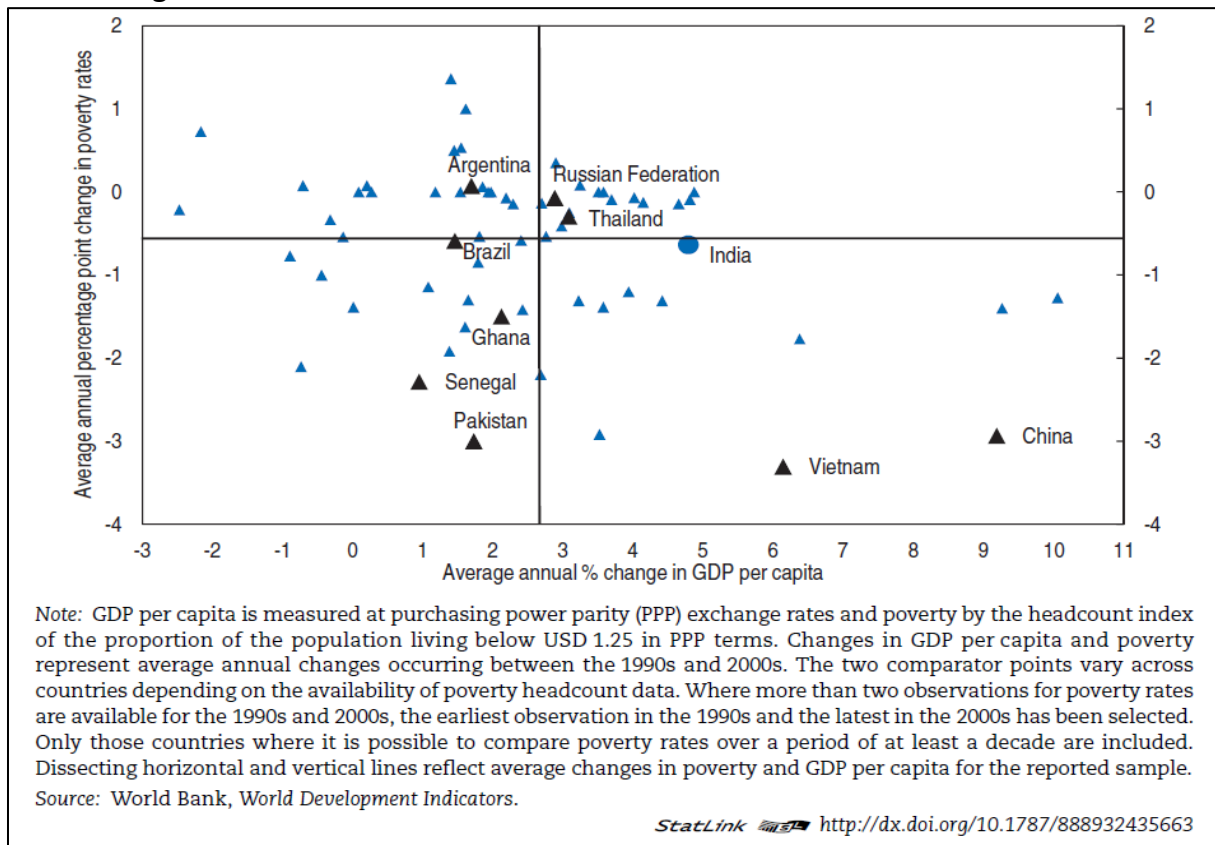
Abbildung 6: Nationale Armutsquoten in Indien, 1951-2008, regionale Verteilung



Quelle: OECD 2011a, p. 33

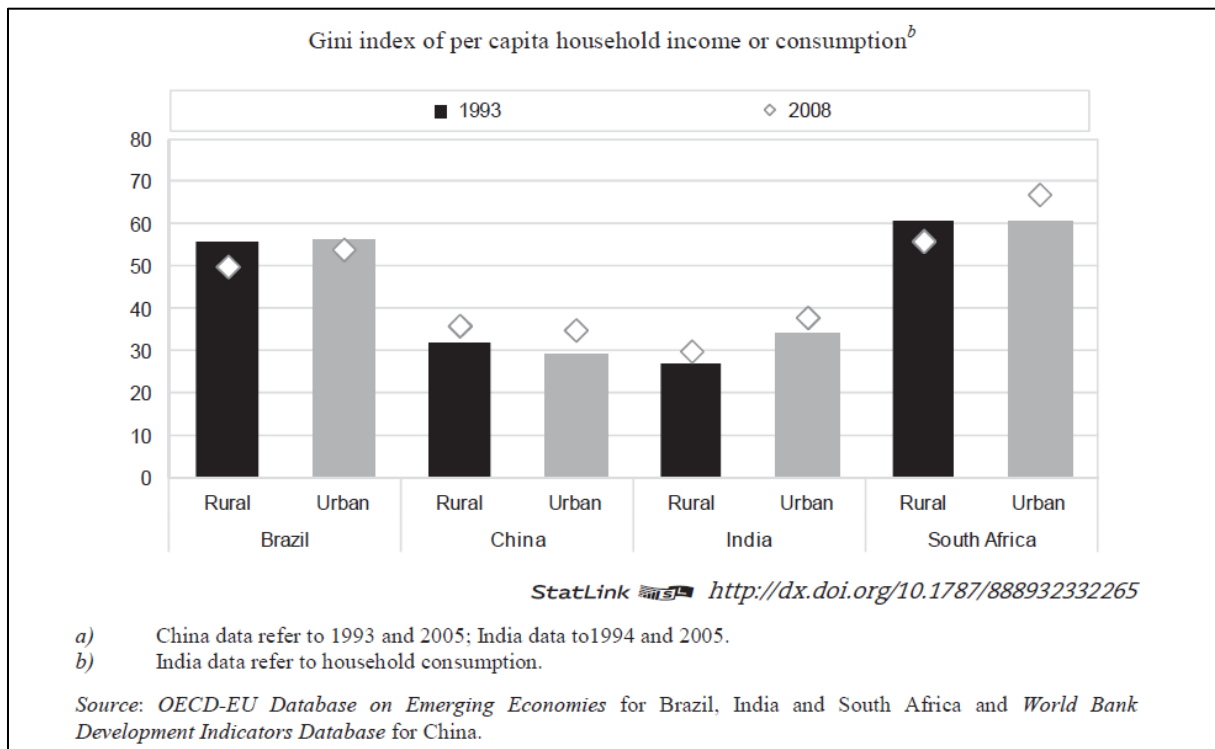
In China konnte der Anteil an Menschen unterhalb der Armutsschwelle von \$1,25/\$2 im Zeitraum zwischen 1993-2008 mehr als halbiert werden, in Indien dagegen sanken sie nur marginal (siehe Abbildung 4). Und dies ist nicht ausschließlich auf die höheren Wachstumsraten in China zurückzuführen.

Abbildung 7: Internationaler Vergleich des Zusammenhanges von Wachstum und Armutsentwicklung



Quelle: OECD 2011a, p. 34

Abbildung 8: Ungleichheit in den BCIS-Ländern, 1993-2008



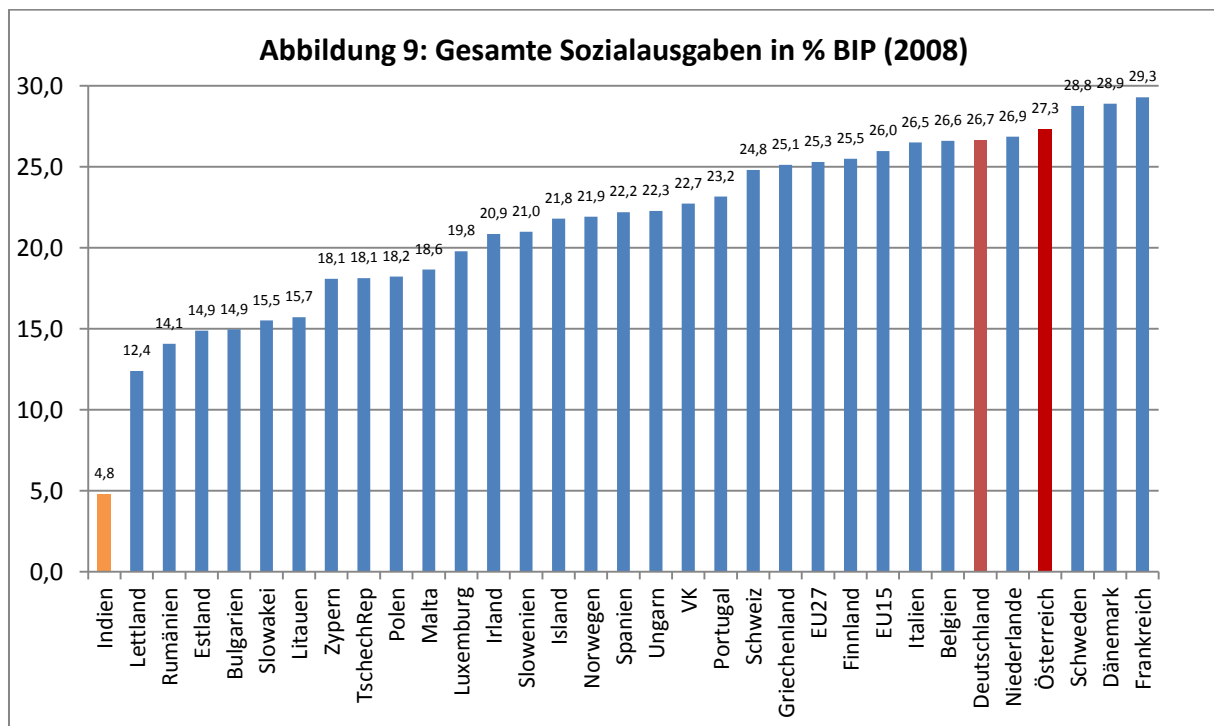
Quelle: OECD 2010a, p.38

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Frage nach dem **Zusammenhang** von **Wachstum** (des BIP pro Kopf in KKP) und der Reduktion der **Armut**. Dieser Konnex scheint von Land zu Land sehr unterschiedlich zu sein (siehe Abbildung 7): Nach Ravallion 2009 (zitiert nach OECD 2010a, p.33f) reicht die Elastizität der Armutsveränderung in Bezug auf das Wachstum von -4,3% (Brasilien), -0,8% (China) bis zu -0,4% (Indien), um nur die großen Schwellenländer zu zitieren. Eine nicht unwesentliche Größe in diesem Zusammenhang bildet die **Ungleichheit**: Größere Ungleichheit scheint den Armuts-reduzierenden Effekt von Wachstum zu dämpfen (Ravallion 2009). Dieser Zusammenhang ist offensichtlich enger hinsichtlich der Veränderungen als in Bezug auf die Niveaus: Wie in Abbildung 8 zu sehen ist, besteht in Brasilien eine weit größere Ungleichheit als in Indien und China; allerdings hat sich die Ungleichheit zwischen 1993 und 2008 in Brasilien verringert, in den beiden anderen Ländern hingegen erhöht.

Unter dem Titel „*Decreasing poverty and increasing inequality in India*“ arbeitet Dipak Mazumdar die Ursachen für die steigende Ungleichheit in Indien heraus indem er auf die duale Struktur des industriellen Sektors (viele sehr große und sehr kleine Unternehmen) hinweist (OECD 2010a, chapter 4, p. 157ff).

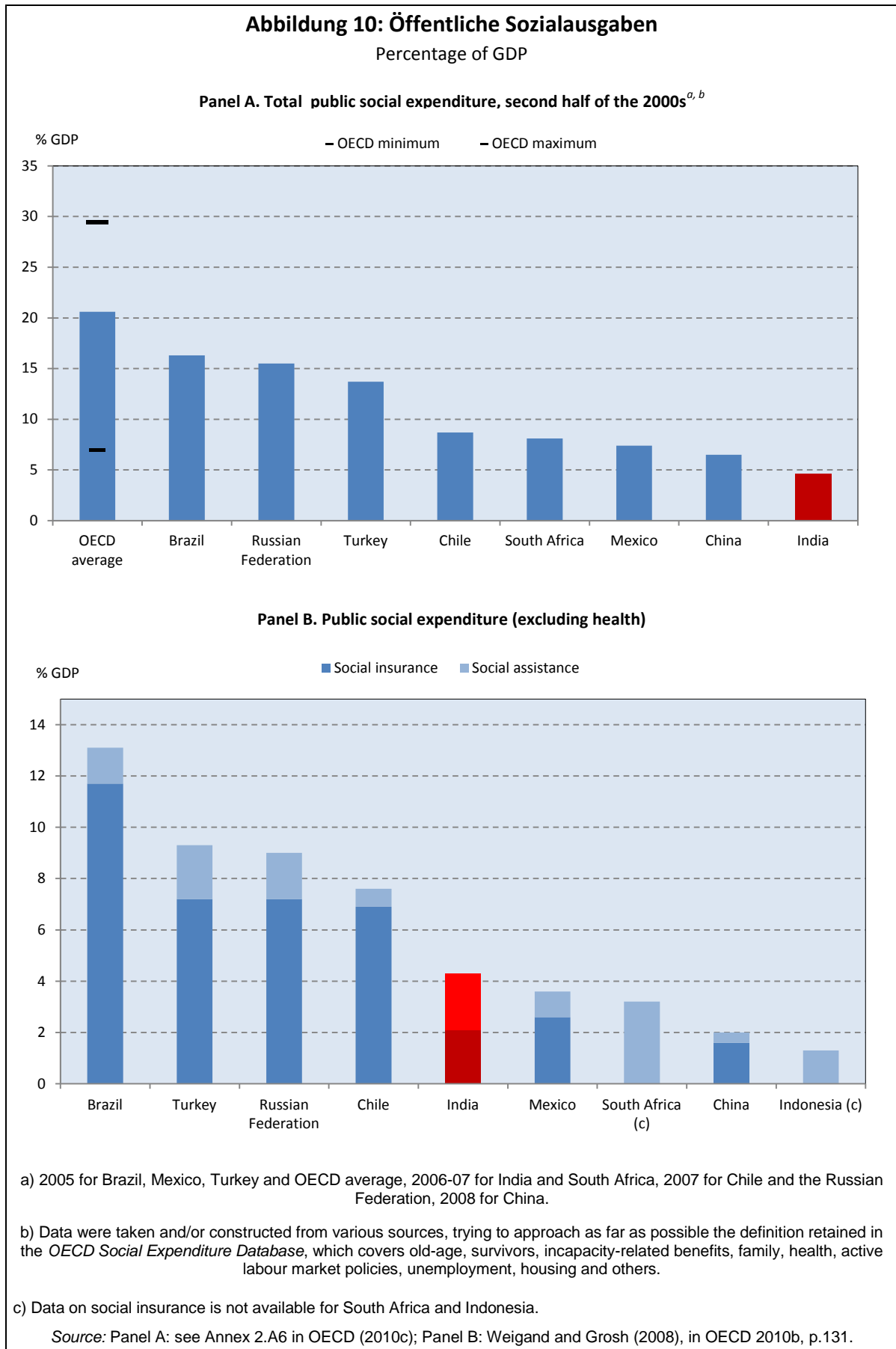
Elemente der Soziale Sicherheit in Indien

Naturgemäß gibt Indien für soziale Sicherheit weit weniger aus als europäische Staaten, wiewohl betont werden muss, dass etwa Lettland auch nur ca. 2,5mal höhere Ausgaben hat – der Abstand ist nicht so groß wie vermutete werden könnte (siehe Abbildung 9). Indien hat gegenwärtig eine Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung – gemessen am BIP pro Kopf (1990 international \$) - erreicht, wie Österreich am Ende des 19. Jahrhunderts, nämlich 2200 \$ im Vergleich zu 1863 \$ in Österreich (1870, Maddson 2006, p. 185 und 203).



Quelle: Eurostat und OECD

Wie die nachfolgende Abbildung 10 jedoch zeigt, ist das öffentliche Ausgabenniveau für soziale Sicherheit in Indien auch im Vergleich zu anderen Schwellenländern niedrig.



Zur Struktur der sozialen Sicherheit kann wahrscheinlich der OECD (OECD 2010b, p. 132) zugetimmt werden: *„India has a very fragmented social protection system. A number of social insurance schemes exist, all of limited coverage. The main one provides health insurance and maternity benefits to highly-skilled employees ... in large and medium-sized businesses (it covered 8,7 million workers in 2006 compared with about 400 million employed persons in 2004). A number of contributory schemes are also run by the States governments ... for workers in small enterprises ... The most important non-contributory safety nets for poor households are the national rural public employment programme (NREGA) and the product subsidies (on rice and fuel).“*

Im Gegensatz etwa zu Brasilien und Südafrika, die um 2% für Transfers an Arme, Ältere und Haushalte mit Kindern („**cash transfer programmes**“) ausgeben, hat Indien kein vergleichbares Programm: Für Ältere wird im Rahmen des „Indira Gandhi National Old-Age Pension Scheme“ für ca. 16 Mio. Personen (2008) weniger als 0,1% des BIP aufgewendet; mit diesem Programm werden im Prinzip 28% der gesamten Zielbevölkerung über 65 Jahren erreicht (OECD 2011b, p.31ff).

Indien wendet für **öffentliche Gesundheitsausgaben** – denen besondere Bedeutung in der Armutsbekämpfung zukommt – nur etwa 1% des BIP auf (nur 7 Länder haben weltweit niedriger Ausgaben in % des BIP, OECD 2011a, p. 14). Dadurch entfallen mehr als 70% der gesamten Gesundheitsausgaben auf private Aufwendungen, die meisten „out of pocket“ (nur 10% dieser Gesamtausgaben sind von privaten Versicherungen abgedeckt; OECD 2011a, p. 37). Herausragend sowohl in Bezug auf die Teilnahmezahlen als auch die Ausgaben ist hingegen das **öffentliche Beschäftigungsprogramm** („Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee“ **NREGA**) in Indien: etwa 47,9 Mio. Haushalte (ca. 10% des Arbeitsangebotes) haben 2008-2009 davon profitiert, etwa 0,51% des BIP wurden dafür ausgegeben. Haushalte in ländlichen Gebieten haben im Rahmen dieses Programmes Anspruch auf 100 Tage ungelernete Tätigkeiten im Bereich lokale Infrastruktur (Wasseraufbereitung, Landaufschließung und Dürreprävention). Die tatsächliche Beschäftigungsdauer betrug etwa 50 Tage. Wird kein Job angeboten, dann besteht Anspruch für Arbeitslosenunterstützung von 30-50% des Mindestlohnes. Leider blieb insbesondere in ärmeren Bundesstaaten der take-up zurück, weil die administrative Infrastruktur fehlte (OECD 2010b, p. 148pp).

In Indien existiert zwar im Prinzip eine **Arbeitslosenversicherung** (die auch Krankheit und Arbeitsunfälle umfasst; Betragssatz für AG 4,75%, für AN 1,75%; Anspruchsvoraussetzung: 5 Jahre Beschäftigung; Leistungsdauer: bis 6 Monate), der Anteil an BezieherInnen geht jedoch gegen Null (etwa 1000 Personen bekamen 2008/2009 Leistungen; OECD 2010b, p. 135ff).

III.) DER INFORMELLE SEKTOR IN INDIEN

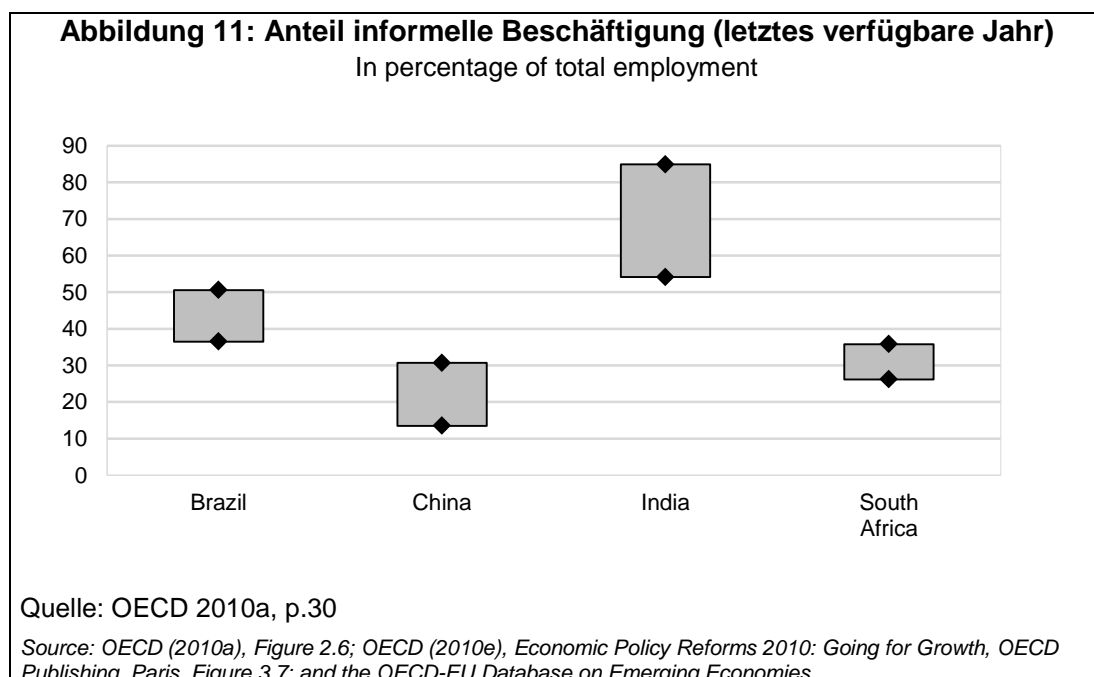
In Indien waren 2007-2008 ca. **460 Mio.** Personen **beschäftigt**, davon sind etwa **50% selbstständig** beschäftigt, die gesamte Beschäftigung teilt sich wie folgt auf die Sektoren auf: **Land- und Forstwirtschaft 52-55%, Industrie und Bau 14-19%, Dienstleistungen 25-34%**, die **Arbeitslosenquote** liegt bei ca. **10%** (die Zahlen schwanken je nach Quelle sehr stark; siehe etwa OECD 2010b oder CIA Factbook India).

Was genau unter „*informellem Sektor*“, „*informeller Beschäftigung*“, „*Schattenwirtschaft*“, „*Schwarzarbeit*“, etc. zu verstehen ist, dazu gibt es **keine einheitliche Definition**: Die OECD bietet folgende Begriffsabgrenzung an: „... *employment engaged in the production of legal goods and services where one or more of the legal requirements usually associated with employment (social security registration, paying taxes, complying with labour regulations)*

are not complied with“ (siehe OECD 2008, Employment Outlook, Chapter 2, p.84). Die ILO-Definition des informellen Sektors stellt ab auf „*employment in unregistered enterprises which are private unincorporated (or household) enterprises (below 5 employees)*“.

In Indien werden sehr unterschiedliche Abgrenzungen der Begriffe „*unorganised sector*“, „*unorganised worker*“ verwendet (Naik 2009, Bhalla 2009), wobei in den 1960er Jahre unter „*unorganised sector workforce*“ folgende Arbeitskräfte verstanden wurden: „*those workers who have not been able to organize themselves in pursuit of their common interest due to certain constraints like casual nature of employment, ignorance and illiteracy, small and scattered size of establishment*“ – daher der Begriff „unorganised workers“! Die „**National Commission for the Enterprises in the Unorganised Sector**“ (NCEUS, <http://nceuis.nic.in>) schlägt folgende Definition vor: „**The informal sector consists of all unincorporated private enterprises owned by individuals or households engaged in the sale and production of goods and services operated on a proprietary or partnership basis and with less than ten total workers**“ (wobei alle Beschäftigten im landwirtschaftlichen Bereich, die nicht auf Plantagen arbeiten, als „*informal sector workers in agriculture*“ bezeichnet werden und ganz allgemein der informelle Sektor auf den nicht-agrarischen Bereich bezogen wird). Und „**Informal workers consists of those working in the informal sector or household, excluding regular workers with social security benefits provided by employers and the workers in the formal sector without any employment and social security benefits provided by the employers**“ (der unten zitierte „*Unorganised Workers’ Social Security Act*“ aus 2008 folgt weitestgehend dieser Definition).

In der nachfolgenden Tabelle 11 wird das Ausmaß der informellen Beschäftigung nach verschiedenen Definitionen gezeigt: Für Indien ergibt sich der höhere Wert aus dem Anteil an Personen, die nicht durch Vorsorgefonds („*provident funds*“) abgesichert sind, der niedere bezieht sich auf alle „*non-salaried workers*“.



Lt. Naik 2009 arbeiteten 2004-05 bei einer Gesamtbeschäftigung von 457,46 Mio. Personen **etwa 86%** (394,9 Mio.) im **informellen Sektor**. Die Anteile der informell Beschäftigten in den

einzelnen Sektoren belaufen sich auf: 97% in der Landwirtschaft, 96% im Handel, 75% im Bausektor, 71% in der Industrie; im Bundesstaat Bihar arbeiten 94% aller Beschäftigten informell, in Kerala 63,4%; aber auch im formellen Sektor (mit seinen 63 Mio. Beschäftigten) arbeiten 29 Mio. informell.

Das **Beschäftigungswachstum** in Indien war in den **letzten Jahren im informellen Sektor größer als im formellen**. Die OECD (OECD 2010a, p. 29) schreibt dazu: „*A similar pattern of increasing informality and deteriorating working conditions for some groups of the population has been observed in India during the 2000s, as most of the net increase in employment observed in recent years has occurred mainly in the least productive, unorganised and informal sector of the economy due to the decline of employment in both the public sector and the private organised sector, and the progressive increase in the proportion of self-employment and casual workers*“.

Eine sehr ausführliche Beschreibung des informellen Sektors findet sich in NCEUS (2007) „Report on the Conditions of Work and Promotion of Livelihoods in the Unorganised Sector“.

IV.) „THE UNORGANISED WORKER'S SOCIAL SECURITY ACT“ (2008)

Ziel dieses Gesetzes (das mit 16. Mai 2009 in Kraft trat) ist es, einzelne Elemente der Sozialen Sicherheit auf informell Beschäftigte auszuweiten. Dabei ist zu bedenken, dass – wie unter Kapitel II erwähnt wurde – das System der Sozialen Sicherheit in Indien sehr, sehr fragmentiert und die Inanspruchnahme sehr, sehr gering ist; im Kern bezieht es sich auf den formellen Sektor, dem allerdings nur etwa 10% der Beschäftigten angehören.

Auffällig an dem Gesetzesakt ist seine **rudimentäre Struktur**: Es beginnt mit Definitionen („*unorganised sector*“, „*unorganised worker*“, etc.), um anschließend sehr vage einige Regelungsbereiche für den Zentralstaat (Ableben, Unfall, Gesundheit, Mutterschaft, Alter) und die Bundesstaaten (Vorsorgefonds, Wohnen, Aus- und Weiterbildung, Bestattungskosten, etc.) aufzuzählen und eine mögliche Finanzierungsaufteilung zwischen den beiden Organisationsebenen vorzuschlagen. Dann wird die Einrichtung von zwei beratenden Ausschüssen auf zentraler und bundesstaatlicher Ebene angeregt. Schließlich wird die Ausstellung einer Sozialversicherungskarte vorgeschlagen.

Folgt man der eigenen Darstellung der Regierung (etwa in: Economic Survey 2010-11, Chapter 12, Human Development, Equity and Environment, p. 305), dann waren die bisherigen **Auswirkungen** dieses Gesetzes **eher vernachlässigbar** (eigentlich wurde vom nationalen Ausschuss nur die Ausweitung bestimmter Programme wie RSBY, JBY, IGNOAPS, etc. auf bestimmte Gruppen wie Bauarbeiter, MGNREGA-Arbeiter, Träger, Hilfskräfte, etc. angeregt).

Auch in der wissenschaftlichen Debatte zu diesen Gesetzesinitiativen herrscht große Skepsis vor:

Dhas/Hellen (2008) verweisen auf die lange Tradition **informeller Systeme** der **Sozialen Sicherheit** und Absicherung in Indien durch die Selbstversorgung von lokalen Communities, durch Systeme der Teilhabe über Eigentumsansprüche, gemeinsame Familienversorgung, etc. Diese informellen Systeme kümmerten sich insbesondere um die bedürftigsten Teile der Gesellschaft, sie sind jedoch in Auflösung begriffen durch die Herausforderungen moderner Gesellschaften, etwa durch die starke Abwanderung aus den ländlichen Gebieten. **Der informelle Sektor** ist lt. AutorInnen **gekennzeichnet** durch: starke **saisonale Schwankungen**, **fragmentierte Arbeitsplätze**, **informelle industrielle Beziehungen**; im ländlichen Bereich ist der Arbeitsbereich stark geschichtet durch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen **Kasten**

und **Communities**; im städtischen wiederum arbeiten v. a. die **Zuwanderer** im informellen Sektor; hinzu kommen eine Vielzahl von **überkommenen Tabus** und **sozialen Normen** und Gebräuchen wie Kinderheirat und übermäßige Ausgaben für Feste und Zeremonien; es herrschen häufig feudale Ausbeutungsverhältnisse, Lohnniveaus deutlich unterhalb des formalen Sektors und primitive Produktionstechnologien vor. Zudem schenken die Gewerkschaften dem informellen Sektor zu wenig Aufmerksamkeit.

Demzufolge identifizieren die AutorInnen folgende Bereiche als die wichtigsten „needs“ für den informellen Sektor: mehr Sicherheit in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Beschäftigung, Einkommen, Unfälle, Tod und Alter. Daher fordern sie die Etablierung umfassender, universeller und integrierter Systeme der sozialen Sicherheit.

Remesh (2010) stellt die Frage „*Extending Social Protection for Unorganised Sector Workers in India: On Step Foreward, Two Steps Backward?*“ indem er einerseits auf die Fortschritte in der Verbesserung der Sozialen Sicherheit in Indien (Mindeststandards, öffentliche Beschäftigung wie NREGA, Recht auf Information, Einsetzung der nationalen Kommission für die Unternehmen im informellen Sektor NCEUS, neue Methoden zur effektiveren Identifikation und Inanspruchnahmen von sozialen Leistungen, etc.) hinweist; andererseits aber auch die Rückschrittstendenzen benennt (etwa wurden viele Empfehlungen von NCEUS nicht umgesetzt, die Sozialausgaben sind insgesamt gefallen, einzelne Gesetzesvorhaben in dem Bereich wie der „*Unorganised Workers' Act*“ wurden mit keinen Budgets versehen, etc.). Bei der Entwicklung und Umsetzung von Elementen der sozialen Sicherheit waren lt. Remesh folgende Aspekte besonders wichtig: bessere Zielgruppenfokussierung, bessere Identifikation von relevanten Problemgruppen, Ausweitung der Abdeckungsquote, Verbesserung bei Auszahlung und Umsetzung, Kosten-/Nutzen-Analysen. NCEUS hatte in Bezug auf den „*Unorganised Workers' Act*“ vorgeschlagen, dass bei den Anspruchsvoraussetzungen ein Rechtsanspruch („*right based approach*“) verwirklicht wird, dass auf ein Beitragsmodell abgestellt wird (was sich als nicht praktikabel herausstellte, weil alle Arbeiter Beiträge hätten zahlen müssen), die Leistungsniveaus angehoben werden und keine Gruppen (wie unbezahlte Frauenarbeiterinnen innerhalb der Familie) ausgeschlossen werden. Leider wurden diese Vorschläge von NCEUS im konkreten Gesetzestext stark verwässert, weil im Kern nur bestehende Programme wieder aufgezählt, keine Mindestniveaus definiert, keine Rechtsansprüche und keine Leistungshöhen festgelegt wurden. Schließlich wurden keine Finanzierungsmöglichkeiten konkretisiert und keine Umsetzungsstrukturen entwickelt. Die beiden genannten „Boards“ habe zudem nur beratende Funktionen.

Gosh (2009) kommt in seiner sehr kritischen Analyse des *Unorganised Workers' Act 2008* zu dem Ergebnis, dass es im Kern am fehlenden politischen Willen das Ministry of Labour und des Ministry of Finance liegt, warum diese Gesetzesinitiative derart im Vagen bleibt.

V.) ZUSAMMENFASSUNG

Die Regierung möchte für das moderne, aufstrebende, wirtschaftlich leistungsfähige Indien stehen, nicht für jenes von Armut und Rückständigkeit (Stichwort Kastenwesen) geprägte Land, das es in der internationalen Wahrnehmung noch immer vielfach ist. Die „*United Progressive Alliance (UPA)*“ unter der Führung des Indian National Congress kündigt zwar in Wahlkampagnen immer wieder Verbesserungen im Sozialbereich an, die dann jedoch häufig nach den Wahlen nicht oder nur unvollständig umgesetzt werden. Nutznießer waren u. a. die nationalistische Hindupartei „BJP“ in den Jahren 1998-2004.

VI.) LITERATURANGABEN

- Ajaya Kumur Naik (2009), Informal Sektor and Informal Workers in India, Paper prepared for the Special IARIW-SAIM Conference on „Measuring the Informal Economy in Developing Countries“, <http://www.iariw.org> (past conferences).
- Babu Pottaveettil Remesh (2007), Social Security for Unorganised Sector Workers in India: Alternative Approaches and New Initiatives, 5th International Research Conference on Social Security, 5-7 March 2007, Warsaw, www.issa.int/content/download/39480/774751/file/2remesh.pdf
- Babu Pottaveettil Remesh (2010), Extending social protection for unorganized sector workers in India: One step forward, two steps backward? Paper presented at the 6th International Policy and Research Conference on Social Security, Luxembourg 29.9.-1.10.2010, [http://www.issa.int/ger/Beobachtungsstelle/Laenderprofile/Regions/Asien-und-Pazifik/Indien/Ressourcen/\(id\)/57457](http://www.issa.int/ger/Beobachtungsstelle/Laenderprofile/Regions/Asien-und-Pazifik/Indien/Ressourcen/(id)/57457)
- Datt, G., Ravallion, M. (2010), Shining for the Poor Too? Economic and Political Weekly, Februar 13, 2010.
- Dhas, A.Ch., Helen, M.J.(2008), Social Security for unorganised workers in India, MPRA Munich Personal RePEc Archive, 20. June 2008, <http://mpa.ub.uni-muenchen.de/9247/>
- Die Zeit (2011), Indiens sterbende Kinder – Warum das reiche Schwellenland sein Hungerproblem nicht löst, Georg Blume, Die Zeit, Nr. 16, 14. April 2011, S.21f.
- Ghosh, P. (2009), Unorganised Workers’ Social Security Act, 2008 – A Critical Review, August 28, 2009, <http://jurisonline.in/2009/08/unorganized-workers%E2%80%99-social-security-act-2008-a-critical-analysis/>
- India-Ministry of Finance (2011), Economic Survey 2010-2011, Chapter 12 „Human Development, Equity and Environment“, <http://www.indiabudget.nic.in/>
- Maddison, A. (2006), The World Economy, OECD 2006.
- Mishra, P. (2011), Caste adrift – Are democracy and consumerism helping to enshrine ancient divisions in Indian society? In: Financial Times, January 22/23 2011, p. 13.
- NCEUS (National Commission for Enterprises in the Unorganised Sector, 2007), Report on Conditions of Work and Promotion of Livelihoods in the Unorganised Sector, August 2007, New Delhi, http://nceuis.nic.in/nceus_earlier_reports.htm
- OECD (2011a), OECD Economic Surveys INDIA, June 2011, Paris.
- OECD (2011b), The Labour Market Effects of Social Protection Systems in Emerging Economies, in: Employment Outlook 2011, Chapter 2 (forthcoming), Paris 2011.
- OECD (2010a), Tackling Inequalities in Brazil, China, India and South Africa – The Role of Labour Market and Social Policies, Paris 2010.
- OECD (2010b), The Global Crisis in Emerging Economies: The Jobs Impact and Policy Response, in: OECD Employment Outlook, Chapter 2, Paris 2010.
- Ravallion, M., Chen, S., Sangraula, P. (2008), Dollar a Day Revisited, in: World Bank, Policy Research Working Paper 4620. http://econ.worldbank.org/external/default/main?pagePK=64165259&theSitePK=469382&piPK=64165421&menuPK=64166093&entityID=000158349_20080902095754
- Ravallion, M. (2009), A comparative Perspective on Poverty Reduction in Brazil, China and India, in: World Bank, Policy Research Working Paper 5080. http://econ.worldbank.org/external/default/main?pagePK=64165259&theSitePK=469382&piPK=64165421&menuPK=64166093&entityID=000158349_20091130085835

- Sharad Singh, Meraj Ashraf (2007), Alternative Mechanisms of Social Protection for the Unorganised Sector in India, 5th International Research Conference on Social Security, 5-7 March 2007, Warsaw, www.issa.int/content/download/39493/774984/file/2singh.pdf
- Sheila Bhalla (2009), Definitional and Statistical Issues Relating to Workers in Informal Employment, Working Paper No 3, NCEUS New Delhi, nceus.gov.in/Working%20Paper%20-3.pdf
- UNDP (2010), Human Development Report 2010, New York 2010.

VII.) ANHANG 1: ENTSTEHUNGSBEDINGUNGEN UND ENTWICKLUNGSVERLAUF DER SYSTEME SOZIALER SICHERHEIT IN ÖSTERREICH UND DEUTSCHLAND – ZUM VERGLEICH

(in Stichworten)

ÖSTERREICH

- **Geschichtliche Entwicklung/Grundsätze:** Bis 1870 – polizeiliche Überwachung/Repression, nur Kinderarbeit; Industrialisierung führt zur Verelendung des Proletariats und Massenarmut – die „soziale Frage“, „Arbeiterfrage“, ab 1870 - Arbeitsbedingungen gefährden die Reproduktion (12 Stunden-Tag, kein Urlaub, Wohnungsbedingungen), **Bismarck'sche Sozialpolitik als Mittel gegen die aufkeimende Arbeiterbewegung**; was waren die ersten gesetzlichen, sozialpolitischen Regelungen um 1880 (siehe Talos/Wörister)? Stillstand bis 1918: Ferdinand Hanusch (Sozialpolitik trotz schlechter ökonomischer Rahmenbedingungen) – 1918 Arbeitslosenunterstützung (Notstandsmaßnahme, eingeschränkter Personenkreis!), Sonn- und Feiertagsruhe, Heimarbeit, Kinderarbeit; 1919: Familienversicherung in der Krankenversicherung, Verbot Nacharbeit für Frauen, Mindestruhezeit, Achtstundentag, Arbeiterurlaubsgesetz; 1922: Lehrlingsentschädigungsgesetz, Krankenversicherung für Arbeitslose, 1928: Landarbeiterversicherung; 1935: Gewerbliche Sozialversicherung; 1939: Reichsversicherungsordnung (damit Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung); 1945: Arbeiterkammergesetz; 1948: Landarbeitergesetz; 1955: ASVG; 1968: Arbeitsmarktförderungsgesetz, 1973: Arbeitsverfassungsgesetz, 1974: Entgeltfortzahlungsgesetz; 1977: Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz
- **Badelt/Österle (2001), Grundzüge der Sozialpolitik:** Kapitel 2, **Allgemeine Strukturelemente der Sozialpolitik – Zielvorstellungen in der Sozialpolitik: Bedarfsgerechtigkeit** (zentrales Kriterium ist die Bedürftigkeit bzw. der Bedarf eines Menschen) vs. **Leistungsgerechtigkeit** (Zuteilung von Ressourcen/Gütern nach erbrachter Leistung); vertikale/horizontale Gerechtigkeit; **Instrumente der Sozialpolitik:** Regulierungen (Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsrecht), Geld (gebunden oder frei) - und Sachleistungen (Realtransfers); Sozialpolitische **Handlungsprinzipien: Versicherungsprinzip** (Versicherungspflicht-Dt. vs. Pflichtversicherung-Ö; Sozialversicherungsprinzip – Grundsatz der **Äquivalenz** zwischen **Beiträgen** und **Versicherungsleistungen** wird durch Sicherungs- und Solidarziele modifiziert; Beiträge sind etwa nicht nach individueller Risikowahrscheinlichkeit ausgerichtet; PV-versicherungsmathematische Äquivalenz kommt bedeutende Rolle zu; KV-einkommensabhängige Beiträge, jeder (auch Mitversicherte wie Schüler und StudentInnen) bekommen dieselbe Leistung; Versorgungsleistungen – sind nicht an Beitragszahlungen, sondern an bestimmte Charakteristika (Kriterien wie erlittene Benachteiligungen, Schäden; bestimmte Berufsgruppen) der Benachteiligten gebunden; auch Sozialleistungen, die bei Zutreffen bestimmter Bedingungen gleichsam als **Bürgerrecht** gewährt werden, entsprechen dem Versorgungsprinzip; Beispiel: Familienleistungen, Pflegegelder; Rechtsanspruch! **Fürsorgeprinzip** – Notlage muss vorhanden sein, Gewährung erst nach Ausschöpfen andere Quellen der Unterhaltssicherung (eigenes Einkommen und Vermögen; auch der Angehörigen); typisches Beispiel ist die **Sozialhilfe**, die aus Steuermitteln finanziert wird; **Universalität** (etwa Familienbeihilfen, Grundeinkommen, Steuervergünstigungen, Gewährung unabhängig von sozialer/ökonomischer Situation)- **Selektivität; Subsidiarität** (bezieht sich einerseits auf die Hilfe, die das Gemeinwesen seinen Mitgliedern schuldet; andererseits Eigenverantwortung der kleineren Einheit/des Einzelnen) - **Solidarität; Alternative Konzepte** des Wohlfahrtsstaates: Definitionen des Wohlfahrtsstaates (Mindestkatalog an sozialpolitischen Instrumenten; Realisierung gesellschaftspolitischer

Zielsetzungen); **Geschichtliche Entwicklung:** Ab Beginn der Industrialisierung (ab etwa 1800, in Ö später) – rasch wachsende Bevölkerung, katastrophale soziale Zustände (Löhne an der Grenze des physischen Existenzminimums, 80 Wochenstunden, Kinderarbeit, gesundheitsgefährdende Arbeitsverhältnisse); Kommunistisches Manifest von 1848; in DT – alle Arbeiterbewegungen sollten unterdrückt werden (Sozialistengesetze von 1877); erste **Phase des Experimentierens** von 1870-1920; dann **Konsolidierung/Redimensionierung** (etwa in der AIV in Ö – Höhe und Dauer reduziert); nach 1945 (Mitteleuropa bleibt bei Versicherungsprinzip); andere Länder wie UK orientieren sich am **Universalprinzip** (Beveridge Report von 1942); Umfassender Ausbau nach Umfang, bezugsberechtigten Personengruppen und Art der Leistungen (etwa bei AN – Arbeitszeitregelungen, Arbeitsverfassungsrecht, Gefahrenschutz; in die SozVersich. wurden Selbstständige und LandwirtInnen aufgenommen; Esping-Anderson – **Dekomodifizierung** (Individuum wird vom Markt bzw. Verkauf seiner Arbeitsleistung unabhängig – durch Sozialpolitik); Typen des Wohlfahrtsstaates: **liberal** (USA, Kanada, Australien, Schweiz), **korporatistisch** (Ö, DT, F, I), **sozialdemokratisch** (skandinavische Länder)

- **Talos/Wörister (1994), Soziale Sicherung im Sozialstaat Österreich:** Ö und DT - Pionierländer der staatlich geregelten Sozialversicherung; **um 1880: Einführungsphase, „Sozialpolitik von oben“** (18. und 19. Jhd: Armenfürsorge – Kompetenz der Gemeinden, traditionelle Ambivalenz staatlichen Umgangs mit Armut: **Repression** und **Unterstützung**; Sozialversicherung stellt Bruch dar; Gewerbeordnung enthielt Kinderarbeitsverbot und Aufforderung zu **selbstständigen** Unterstützungskassen und genossenschaftlichen Krankenkassen; **Eigeninitiative** führt über Vereinsgesetz zu Unterstützungskassen; Selbstverwaltung?!), **Allgemeine Kontext- und Entstehungsbedingungen des „take off“:** **Industrialisierung und Ausbreitung der Lohnarbeiterschaft, Bevölkerungswachstum und Urbanisierung, Verankerung politischer Rechte (Vereinsrecht), politische und gesellschaftliche Mobilisierung, wachsende soziale Probleme bzw. Probleme mit der Stabilisierung der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung;** 1900: 60% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in Ö; verzögerter Industrialisierungsprozess in Ö; **sozialstaatlicher Durchbruch gelang in den politisch relativ rückständigen autoritären politischen Regimen mit ausgeprägter obrigkeitstaatlicher Tradition**, mit starker staatlicher Bürokratie; Kurienwahlsystem schloss Arbeiterschaft aus; Arbeiterschaft war Objekt (nicht Subjekt der Politik der sozialen Sicherung); gesellschaftspolitisch rückwärtsgewandte Kräfte (antiliberal, antisozialistisch, antiindustriell, antikapitalistisch; Karl von Vogelsang – christliche Sozialreformer); Reformen zur Zurückdrängung der Arbeiterschaft (ihr sollte „das Wasser abgegraben werden“) und Sicherstellung der Reproduktion derselben; **Maßnahmen:** 12Stundentag im Bergbau, 11Stunden max. in Fabriken, Sonn- und Feiertagsruhe (de facto ineffektiv), Verbot der Kinderarbeit; Nachtarbeitsverbot für Frauen und Jugendliche, Ö und DT: „Sequenzmodell“ der Sozialversicherung – zuerst UV und KV, dann PV; UV, KV – Pflichtversicherung mit begrenztem Personenbereich (UV: Arbeiterschaft in Fabriken und Hüttenwerken, Gewerbe und Landwirtschaft nur Dampfkessel und Triebwerke; KV: alle außer Landwirtschaft, KV 1890: 7% der Bev., 1930: 60%); Leistungen: UV: Verletztenrente, Hinterbliebenenrente; KV: freie ärztliche Behandlung, Heilmittel, Krankengeld; Beiträge: Prozentsatz der Lohnsumme, AG-Beiträge; Arbeiterinnen: Kosten der KV zu 2/3 zu tragen; staatlicher Zuschuss wurde strikt ausgeschlossen; Verwaltungsprinzip: Selbstverwaltung AG-AN mit staatlicher Aufsicht; **ab 1918: „Sozialpolitik von unten“ – Expansion:** Sozialdemokratie erstarkt nach dem 1. Weltkrieg, sie peilt keinen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik an; ab 1920 – Dominanz des bürgerlichen Lagers – aber angesichts der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage mussten Forderungen der Unternehmervertreter

nach Rückbau der „sozialen Republik“ zurückgewiesen werden; der neu eingeführten AIV kam große Bedeutung zu (heftige Auseinandersetzungen im Gefolge; klassisches Beispiel einer „erwerbsbezogenen“ sozialen Absicherung; kein Ersatz für bezahlte Arbeit, sondern befristeter Ausgleich für Lohnentfall! **Maßnahmen:** paralleler Ausbau von Arbeitsschutz/Arbeitsrecht und Sozialpolitik (8-Stunden-Tag-1919, Arbeiterurlaub, Einigungsämter, kollektive Arbeitsverträge, Heimarbeitsregelungen, Einführung der Betriebsräte-1919 und Arbeiterkammern-1920);

Vergleich von Sozialstaaten: Anteile der einbezogenen Bevölkerung in KV, UV und PV (14 europ. Länder): 1900: 5,2%, 1945: 52,9%, 1975: 82,3%; Sozialausgaben 1959 (Westeuropa): 9,3%, 1974: 19,2%; **Bismark:** einkommensbezogene, differenzierte Soz.versicherung; **Beveridge:** universale Erfassung aller Schichten; Annäherung der beiden Systeme in den 50er Jahren; Einkommenserhaltung oder Sicherung vor Not; Versicherten-, Unternehmens- und/oder Staatsfinanzierung; umlagefinanziert oder kapitalgedeckt; **Titimus:** „*residual welfare model*“ (Familie und Markt sind zentral; Residuum Sozialpolitik, „*industrial achievement-performance model*“, „*institutional redistributive model*“ ; Wohlfahrt ist gesellschaftliche Verpflichtung nach dem Prinzip des Bedarfes); **Esping-Anderson's** „*welfare state regime*“ – Verankerung von „*social rights*“, Ausmaß der „*Dekomodifizierung*“, Verhältnis von Staat, Familie, Markt bei sozialer Sicherung: liberal, konservativ, sozialdemokratisch; **Leibfried** ergänzt vierten Typus: rudimentärer Wohlfahrtsstaat (P, SP, GR); **Schmidt:** Systeme der Staatsbürgerversorgung (Versorgung), Versicherungssysteme (Sozialversicherung), selektive Sicherungssysteme (Fürsorge);

	UV	KV	PV	AIV	Land arbeiter	AMF	ArbVG	Entgelt Fortzahl.	Pflege
DT	1884	1883	1889	1927					1995
AUT	1887	1888	1906/ 1920	1920	1928/ 1948	1968	1973	1974	1993

- **Daten/Fakten (ESSOS):** Funktionen/Sozialrisiken – Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität/Gebrechen, Alter/Hinterbliebene, Familie/Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Soziale Ausgrenzung; Sozialquote 2008: 28,3% (€ 79,8 Mrd.) (DT 27,7%, EU27:26,2%, Lettland: 11%, Frankreich:30,5%); 49% der Gesamtausgaben: Alter/Hinterbliebene; Krankheit/Gesundheitsversorg.: 26%, Familie/Kinder: 10%; 70% Geldleistungen; nur 7% der Leistungen mit Bedürftigkeitsprüfung; mehr als die Hälfte der Ausgaben entfallen auf Sozialversicherung (PV, KV, UV, AIV), Bund, Länder/Gemeinden, Unternehmen; Finanzierung: 33% allgem. Steuermittel, 33% Beiträge AG, 22% Beiträge AN

DEUTSCHLAND

- **Geschichtliche Entwicklung/Grundsätze:** **Bismark'sche Sozialpolitik** ab 1891 Invaliditäts- und Altersversicherung (Finanzierung 50:50%), 1883 KV (2/3 AN), 1884 UV (100% AG-finanziert); 1927 AIVG, 1995 (letzter Schritt): Pflegeversicherung; Sozialpolitik am Anfang: **Gegen die sozialdemokratische Opposition gerichtet, die Verelendung der Massen sollten verhindert (ihre Reproduktion gesichert) werden;** Bismarck (Kaiserreich von 1871-1918): Das ursprüngliche Konzept der Regierung sah eine staatlich getragene und steuerfinanzierte Zwangsversicherung vor; Bismarck konnte sich nicht durchsetzen (nur bedingt staatlicher Einfluss; Selbstverwaltung; Finanzierung über Beiträge; Regelungen folgten nicht dem Bedarf, sondern sie waren lohn- und beitragsbezogen); **Weimarer Republik:**

1927 ALV; drastische Leistungseinschränkungen in KV, RV und Invalidität; NS-Regime: Umdeutung der Sozialpolitik Richtung „**Volksgemeinschaft**“; Reallohnsenkungen; **BRD**: In Deutschland gehört das **Sozialstaatsprinzip** neben dem Rechtsstaats-, dem Bundesstaats- und dem Demokratieprinzip zur Grundlage der Verfassungsordnung. Das Grundgesetz bestimmt: „*Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.*“ – GRUNDGESETZ: **Artikel 20** Absatz 1 GG; in Artikel **28 Absatz 1 Satz 1** GG steht des Weiteren: „*Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.*“ Das Sozialstaatsprinzip ist damit im Grundgesetz als **Staatsziel** verankert, das neben der Garantie der Menschenwürde und der Menschenrechte den Schutz der sogenannten Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG genießt.

- **Rechtliche Regelungen** – dt. Sozialversicherung: staatlich eng geregelte Vorsorge für wichtige Risiken des Daseins, von **selbstverwalteten** Versicherungsträgern organisiert; Versicherungspflicht; Leistungsbedarf – beinahe vollständig aus Beitragsaufkommen desselben Jahres gedeckt; Leistungen meist als für alle Versicherte gleiche Sachleistungen oder als beitragsabhängige Geldleistungen (Rente, Krankengeld); einkommenszentriertes System (Mitversicherung); dt. Soz.Versich.=ALV, KV, Pflegeversicherung, RV, UV; etwa 550 Träger als öffentlich-rechtliche Körperschaften; Selbstverwaltungsorgane aus AG und Versicherten zusammengesetzt (häufig paritätisch); Beitragssätze in DT für Normal- und geringverdiener: zwischen 31,25%-33,35% des AN-Entgeltes (etwas niedriger als AUT; dieselbe Bemessungsgrundlage?), **Beitragsbemessungsgrenze**: Rente West € 5500, Ost 4650 (2010); KV 3750 (2010); **ALV in DT**: Gesetzliche Grundlage SGB III (Arbeitsförderung); Beitragssatz ab 2011: je 1,5% AG und AN; Ausgaben 2008: 1,4% des BIP (wie in AUT); Leistungshöhe: 67% des Nettoeinkommens mit Kindern (60% ohne); Leistungsdauer: 6-18 Mo (wie in AUT); ALG II=Hartz IV (SGB II) – Regelsatz € 364, 4,9 Mio. BezieherInnen; Jänner 2011: 5,7 Mio BezieherInnen von Lohnersatzleistungen nach SGB III und SGB II; Arbeitslose 3,4 Mio. Jänner 2011; **KV in DT**: Beitragssätze 7,9% AN und 7% AG; **RV in DT**: Beitragssatz 19,9% (AG und AN je 9,95%), Anstieg des gesetzlichen Pensionsalters zwischen 2012-2029: 65-67 Jahre;